

## Entschließungsantrag

**der Abgeordneten Roland Claus, Caren Lay, Dr. Dietmar Bartsch, Herbert Behrens, Karin Binder, Matthias W. Birkwald, Heidrun Bluhm, Eva Bulling-Schröter, Sigrid Hupach, Susanna Karawanskij, Kerstin Kassner, Sabine Leidig, Ralph Lenkert, Michael Leutert, Dr. Gesine Löttsch, Thomas Lutze, Dr. Kirsten Tackmann, Kathrin Vogler, Harald Weinberg, Hubertus Zdebel und der Fraktion DIE LINKE.**

**zu der Beratung der Unterrichtung durch die Bundesregierung  
– Drucksache 18/107 –**

### **Jahresbericht der Bundesregierung zum Stand der Deutschen Einheit 2013**

Der Bundestag wolle beschließen:

- I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:
  1. Gleichwertige Lebensverhältnisse sind in der Bundesrepublik Deutschland noch immer eine Utopie. Besonders zwischen Ost- und Westdeutschland ist der wirtschaftliche und beschäftigungspolitische Abstand seit mehreren Jahren unverändert groß. Bei wichtigen statistischen Kennziffern wie etwa bei Löhnen und Gehältern liegt Ostdeutschland bei maximal 80 Prozent des Westwertes.
  2. Dem Jahresbericht fehlt auch in diesem Jahr eine gesamtstaatliche politische Zukunftsvision zur deutschen Einheit. Aufgrund der fast ausschließlichen Fokussierung auf die ostdeutschen Bundesländer schweigt der Jahresbericht über die Rolle Westdeutschlands bei der deutschen Einheit. Das erschwert sowohl ein wirkliches innerdeutsches Zusammenwachsen als auch die Beseitigung von Strukturschwächen innerhalb Ost- und Westdeutschlands. Statt die gesellschaftlichen Voraussetzungen für eine gemeinsame Verantwortungsübernahme für die deutsche Einheit zu fördern, wird eine einseitige Angleichung des Ostens an den Westen in den Vordergrund gestellt.
  3. Die wenigen Erfolgsmeldungen des Jahresberichts, beispielsweise die Abwanderung oder die Geburtenrate betreffend, werden durch umso drastischere Daten aus dem jeweiligen politischen Umfeld, wie etwa zum Bevölkerungsrückgang oder zur Alterung, konterkariert.
  4. Der Regierungswechsel lässt hinsichtlich der vereinigungspolitischen Vorhaben keine innovativen Zukunftsideen erkennen, sondern sogar eine Verstärkung der Kluft zwischen starken und schwachen Landesteilen befürchten.

Insbesondere die Verschiebung der Rentenangleichung auf einen Prüftermin zum Ende der Legislaturperiode ist geradezu eine Garantie für eine dauerhafte Ost-West-Spaltung.

- II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,
1. einen Gesetzentwurf vorzulegen, mit dem unter Beibehaltung der Hochwertung der Entgelte in Ostdeutschland der aktuelle Rentenwert (Ost) mit Hilfe eines steuerfinanzierten Stufenmodells bis 2017 an den aktuellen Rentenwert angeglichen wird sowie die diskriminierenden Wirkungen des Rentenüberleitungsgesetzes (einschließlich des Anspruchs- und Anwartschaftsüberführungsgesetzes) korrigiert und insbesondere die Überführungslücken, das Versorgungsunrecht bei den Zusatz- und Sonderversorgungssystemen der DDR und der Missbrauch von Rentenrecht als politisches Strafrecht beseitigt werden;
  2. den Jahresbericht zum Stand der Deutschen Einheit ab 2014 mit einem durch ein interministerielles Gremium von Expertinnen und Experten erstelltes Kapitel mit zukunftsweisenden innovativen Strategien und Vorschlägen zur Herstellung der deutschen Einheit, die über das Fortführen bekannter Vorhaben hinausgehen, zu versehen;
  3. den Erfahrungsvorsprung Ostdeutschlands bei der Bewältigung von Transformationsprozessen wie beispielsweise dem demografischen Wandel sowie auf anderen Politikfeldern gesamtdeutsch zu nutzen;
  4. die Weiterführung von Förderprogrammen für Ostdeutschland und eine langfristige Förderung von strukturschwachen Regionen in Ost und West in Form eines Solidarpakts III sicherzustellen;
  5. eine Gesetzesfolgenabschätzung für Ostdeutschland einzuführen, die alle Vorhaben einer Prüfung ihrer Auswirkung auf Ostdeutschland und auf strukturschwache westdeutsche Regionen unterzieht und eine gerechte Verteilung von Steuergeldern ermöglicht, und
  6. die Funktion der/des Beauftragten der Bundesregierung für die neuen Bundesländer in Staatsministerin bzw. Staatsminister für die deutsche Einheit umzubenennen und als Staatsministerin bzw. Staatsminister des Bundeskanzleramtes zu bestellen.

Berlin, den 18. Februar 2014

**Dr. Gregor Gysi und Fraktion**